

durch die veränderte Bedeutung der Vergangenheitsbewältigung für die Politik im Saarland außerordentlich günstiges Ergebnis ein. Der DPS war als Koalitionspartner die Beschäftigung mit ihrer problematischen Haltung zur Beitrittserklärung aufgegeben,<sup>59</sup> der SVP als möglicherweise für Abweichler aus eigenen Reihen interessante Alternative war die Spitze ihres Alleinvertretungsanspruchs für die Zeit vor 1956 genommen.

Für die SPD bedeutete diese neue Grundlage einer Regierungsbildung die Notwendigkeit, eine grundsätzlich neue Form von oppositionellem Verhalten zu entwerfen. Als erstes der neuen Versatzstücke einer Oppositionsstrategie konstatierte die SPD hierbei einen „gewissen Rechtsruck in der Politik unseres Landes“ und nahm damit die DPS ins Visier.<sup>60</sup> Ein weiterer wichtiger Punkt bestand in der faktischen Kündigung der Gemeinsamkeit mit der CDU, die Grundlage der gemeinsamen Vorbereitung und Ausgestaltung der Übergangszeit gewesen war. Durch den Vorwurf, gewisse Versäumnisse in der Übergangszeit seien auf die Unfähigkeit der CDU zurückzuführen, die sich gegenüber Bonn nicht genügend durchgesetzt habe,<sup>61</sup> fand die SPD zwar einen Ansatzpunkt für Kritik gegenüber der neuen Regierung, akzeptierte damit aber praktisch die von Röder gesetzte Grundlegung der „neuen“ saarländischen Politik mit der Beitrittserklärung. Schließlich versuchten die Sozialdemokraten nachdrücklich, das Profil ihrer Partei als Vertretung der Arbeiterinteressen zu schärfen.<sup>62</sup> Damit beschritt die SPD im Saarland einen in gewisser Weise untypischen Weg. Ihre Beteiligung an einem Quasi-Allparteienkabinett nach dem Referendum könnte als eine Art Rückgriff auf ein für die deutschen Länder in der frühen Nachkriegszeit typisches - wenn hier auch unzeitgemäßes - Koalitionsbildungsmuster zu interpretieren sein.<sup>63</sup> Ihr Ausscheiden aus der Regierung und die danach einsetzende, schärfer konfrontative Abgrenzung gegenüber der Regierung steht jedoch in krasssem Gegensatz zur zeitgenössischen Strategie der Bundes-SPD, die sich unter Rückgriff

---

<sup>59</sup> Diese Aufgabe „verfolgte“ die DPS über die ganze Legislaturperiode, so z.B. noch zwei Jahre später bei einer Diskussion um das saarländische Besoldungsgesetz, LTDS, 4. WP, Abt. I, 36. Sitzung v. 17.7.63, S. 1359.

<sup>60</sup> Diese „von 24 Prozent auf 13 Prozent zu bringen und von den 13 Prozent noch weiter hinunterzubringen“ wurde zu einem der wichtigsten Ziele erklärt. LTDS, 4. WP, Abt. I, 4. Sitzung v. 20.1.61, S. 54ff.

<sup>61</sup> Ebd., S. 43ff.

<sup>62</sup> Bereits der „Aufhänger“ der Rede von Kurt Conrad, der die Aussprache zur Regierungserklärung eröffnete, war in einem Sprichwort gelegt, nach dem es einem Lande gut gehe, wenn es dem Bauern gut geht, das der Fraktionsvorsitzende angesichts der veränderten Beschäftigungsverhältnisse auf die Arbeiter übertrug, ebd., S. 41. Dabei mag es bereits in der damaligen Debatte ein wenig skurril angemutet haben, wenn der Fraktionsvorsitzende der größten Oppositionspartei beim Versuch, sich als der Interessenvertreter der Arbeiterschaft zu profilieren, einen starken, in Bonn durchsetzungsfähigen Ministerpräsidenten einforderte - und dies praktisch im ganzen Verlauf seiner Rede mit dem gedruckten Exemplar der vorangegangenen Regierungserklärung eben dieses Ministerpräsidenten in der Hand sprechend, ebd., S. 44ff. Ähnlich verhielt sich übrigens Erwin Müller (SVP), ebd., S. 48.

<sup>63</sup> Uwe Jun, Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949, Opladen 1994, hier: S. 106f., betrachtet die Bildung von Allparteienkabinetten als typisch für die Entwicklung der späteren Bundesländer in der Nachkriegszeit.